

**WPS Kooperation der BRANDSTUVE (Brandenburgische Studierendenvertretung)
und den GEW Studis Brandenburg
Antworten von Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg**

Frage 1

Im TK-Gesundheitsreport 2023 gaben rund 70 % der befragten Studierenden an, stressbedingt erschöpft zu sein. Prüfungsdruck (51 %), Mehrfachbelastung durch Studium und Job (33 %), Leistungsdruck (28 %), umfangreicher Lernstoff (28 %) sowie finanzielle Sorgen (23 %) sind einige der Faktoren, die weitere gesundheitliche Probleme hervorrufen.

Was möchte Ihre Partei diesbezüglich hochschulpolitisch verbessern?

Antwort:

Der Leistungsdruck an Universitäten ist enorm. Hinzu kommen Existenzängste, Wohnungsnot und Sorgen um die Zukunft. Wir wollen die mentale Gesundheit von Studierenden mit besseren psychologischen Angeboten unterstützen. Dazu wollen wir vorhandene psychosoziale Beratungsangebote personell besser ausstatten und da, wo es noch keine gibt, neue schaffen. Darüber hinaus werden wir auch die anderen Beratungs- und Unterstützungsstrukturen der Studierendenwerke wie die Sozialberatung, die Jobvermittlung und Kinderbetreuungsangebote erhalten und bedarfsgerecht ausbauen. Denn auch sie tragen dazu bei, dass Studierende ihr Studium erfolgreich bewältigen und zum Abschluss bringen können.

Wir wollen, dass gute Bildung in Brandenburg eine freie Entscheidung und kein Privileg für Wohlhabende ist, daher wollen wir eine Sozialoffensive für das Studium in Brandenburg umsetzen. Der Zugang zu einem Studium sollte für alle ohne finanzielle Sorgen möglich sein. Darum setzen wir uns für die Abschaffung von Verwaltungs- und Rückmeldegebühren ein. Auf Bundesebene setzen wir uns für eine deutliche Erhöhung der BAföG-Sätze ein. Die kürzliche BAföG-Novelle ist hierbei ein erster guter Schritt, insbesondere die Anhebung der Bedarfssätze und die Einführung einer Einmalzahlung bei Studienbeginn für finanziell Schwache. Die Bedarfssätze müssen aus unserer Sicht jedoch noch deutlicher erhöht werden.

Wir wollen Brandenburgs Hochschulen barrierefrei machen. Dafür wollen wir jeden Hochschulcampus in Brandenburg physisch barrierefrei gestalten und stärker die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen.

Um all das umzusetzen und die Bedingungen für das Studium in Brandenburg weiter zu verbessern, möchten wir an der Hochschultreppe festhalten und die Grundfinanzierung der Hochschulen weiter erhöhen.

Frage 2

Wie beabsichtigt Ihre Partei für Entstehung (Neubau) bezahlbaren Wohnraums bzw. Erhalt (Sanierung/ Aufstockung) zu sorgen?

Wie steht Ihre Partei: (1) zur Einführung einer eigenen Förderrichtlinie zum stud. Wohnen, (2) der Vergesellschaftung von priv. Wohnheimen, (3) zur Fortführung bzw. Durchsetzung der im aktl. Koalitionsvertrag festgelegten Versorgungsquote von 20 % für alle Hochschulstandorte?

Antwort:

Der Wohnraumangel in Hochschulstandorten ist für Studierende besonders spürbar. Die Studierendenwerke stehen vor unterschiedlichen Herausforderungen: Insbesondere in Potsdam und perspektivisch auch in Cottbus ist nicht ausreichend Wohnraum für Studierende vorhanden. In anderen Universitätsstädten wie z.B. Frankfurt (Oder) ist die Herausforderung, den Bestand an Studierendenwohnheimen zu erhalten und zu modernisieren.

Diesen unterschiedlichen Herausforderungen wollen wir mit einem Landesprogramm zum Bau und

der Sanierung von Studierendenwohnungen verbunden mit einer Richtlinie in der Wohnraumförderung für studentisches und Junges Wohnen begegnen. Diese soll auch offene Fragen z. B. bei Bau- und Ausstattungsstandards klären. Zudem braucht es die Ermöglichung freier Kreditaufnahmen durch Studierendenwerke für Investitionen in Wohnheime, um schneller handlungsfähig zu sein. Um bezahlbare Wohnoptionen und zusätzlichen Mietwohnraum für Studierende und Auszubildende zu schaffen, soll so eine gezielte Förderung von Wohnungsbauprojekten mit niedrigen Mietpreisen oder speziellen Mietpreisbindungen für Studierende erfolgen.

So wollen wir schrittweise das Ziel der Versorgungsquote von 20 Prozent für den Bereich des Studierendenwerks Potsdam erreichen. Im Bereich des Studierendenwerks Frankfurt (Oder), wo die Quote mit 27 Prozent schon übererfüllt ist, wollen wir durch nachhaltige Sanierungs- und Instandhaltungsarbeiten den Bestand erhalten.

Darüber hinaus wollen wir die Einführung eigener Fördertatbestände für Baugemeinschaften und kooperative Wohnformen im Landeswohnungsbauvermögen schaffen, um die Rahmenbedingungen für gemeinschaftliche Wohnkonzepte, wie beispielsweise genossenschaftliche Mehrgenerationenwohnanlagen oder nachbarschaftliche Wohnprojekte zu verbessern. Dabei wollen wir auch barrierearmes und -freies Bauen berücksichtigen. Zudem wollen wir bei allen bestehenden Studierendenwohnheimen eine Installation von Photovoltaik-Anlagen prüfen.

Frage 3

Im Zuge internationaler Konflikte und Kriege sowie einer veränderten sicherheitspolitischen Situation wird aktuell wieder über die Einführung bzw. Abschaffung der Zivilklausel (je nach Standort) diskutiert. Befürwortet Ihre Partei die landesweite Einführung einer Zivilklausel für die landeseigenen wissenschaftlichen Einrichtungen?

Antwort:

Wir haben große Sympathie für Zivilklauseln. Militärische Forschung und Technologieentwicklung müssen unterbunden werden, wenn sie eindeutig für militärische Zwecke genutzt werden. Vielmehr wollen wir die Friedensforschung fördern. Sollte Forschung zu militärischen Mitteln in Betracht gezogen werden, müssen Ethikkommissionen und unabhängige Gremien eingerichtet werden, damit ethische Grundsätze eingehalten werden. Alle Kooperationen zwischen Militär und Universität müssen dahingehend transparent sein.

Im Hochschulgesetz wurde auf die Einführung einer allgemeinen Zivilklausel verzichtet, weil es dazu unter den Koalitionspartnern keinen Konsens gab. Dies bedauern wir sehr.

Wir wollen in Brandenburg Europastudien und Ukrainestudien stärken. Wir wollen mehr unabhängige Regionalforschung für das östliche Europa, die den eigenständigen Identitäten postsowjetischer Völker ausreichend Sichtbarkeit gibt. Wir begrüßen die Einrichtung eines interdisziplinären Zentrums für Polen- und Ukraine-Studien an der Viadrina. Sie bietet zudem seit Jahren Friedens- und Konfliktforschung und Mediation an. Diesen Ansatz wollen wir erhalten und möglichst ausbauen.

Frage 4

Nach dem Ende der letzten Tarifrunde der Länder im Dezember 2023, die eine schuldrechtliche Vereinbarung für studentisch Beschäftigte zum Ergebnis hatte, steht bereits Ende 2025 die nächste Tarifrunde an. Wird sich ihre Partei – im Falle einer Regierungsbeteiligung – für eine Tarifierung der studentischen Beschäftigten in den Verhandlungen einsetzen?

Antwort:

Neben dem Studium noch zu jobben, ist in Zeiten von Inflation und steigenden Mieten für viele junge Menschen keine Ausnahme, sondern die Regel. An den Brandenburger Hochschulen arbeiten rund 2.500 studentische Beschäftigte. Doch statt fairer Entlohnung und guten Arbeitsbedingungen bekommen arbeitende Studierende häufig prekäre Verhältnisse und Stundenlöhne geboten, die sich nur knapp über dem Mindestlohn bewegen. Das stürzt nicht nur viele in Finanznöte, es bedeutet auch, dass man es sich leisten können muss, an Hochschulen zu arbeiten. Unser Ziel ist es, eine Tarifierung der studentischen Beschäftigten zu erreichen, die höhere Stundenlöhne, bessere Arbeitsbedingungen und Mindestvertragslaufzeiten von zwei Jahren enthält. Dies kann ein Einbezug in den Tarifvertrag der Länder sein – was wir präferieren würden, oder aber ein studentischer Tarifvertrag wie in Berlin oder ein Flächentarifvertrag.

Frage 5

Laut Zahlen aus dem Februar 2023 besteht an den Brandenburgischen Hochschulen ein Sanierungstau in Höhe von 460 Millionen Euro. Gleichzeitig haben die meisten Hochschulen einen Flächenbedarf, der deutlich über den Bestandsflächen der Einrichtungen liegt. Was möchte Ihre Partei dieser Entwicklung entgegensetzen?

Antwort:

Wir wollen ein Landesprogramm für Bau und Sanierung im Bereich der Hochschulen und der Studierendenwerke auflegen. Der Hochschulbau muss perspektivisch von Bund und Ländern wieder als Gemeinschaftsaufgabe verstanden werden. Dabei wollen wir mehr Mittel bereitstellen, für eine bessere Personalausstattung des BLB sorgen und Verwaltungsverfahren vereinfachen. Besonders im Fokus stehen sollte die Energieeffizienz, denn das nutzt nicht nur dem Klima, sondern letztlich auch der Landeskasse. Wir wollen bei allen bestehenden Hochschulbauten und Studierendenwohnheimen eine Installation von Photovoltaik-Anlagen prüfen.

Das im Koalitionsvertrag vereinbarte Modellvorhaben für die Übertragung der Bauherrenschaft auf eine Hochschule bekommen wir jetzt exemplarisch beim Bau der Medizinischen Universität Lausitz (MUL). Dies werden wir begleiten und evaluieren und dann eine Entscheidung treffen, ob das Bauherrenmodell auf weitere Hochschulen ausgeweitet werden soll. Aus unserer Sicht ist die Bauherrenschaft jedoch nicht das Hauptproblem, sondern die Verfügbarkeit von Mitteln und der Fachkräftemangel. Letzterer trifft den BLB und würde die Hochschulen ebenfalls treffen. Zudem ist fraglich, ob einzelne Bauabteilungen an jeder Hochschule effizient und kompetent genug wären. Daher ist eine Bündelung sinnvoll.

Frage 6

Durch die hohe Inflation sowie der deutlichen Erhöhung der Studiwerks-Beiträge sind Studis weiterhin finanziell stark belastet. Neben bezahlbarem Wohnraum ist auch die leibliche Versorgung in den Mensen von hoher Bedeutung. Hier wurden die Essens-Preise zuletzt konstant und z.T. drastisch erhöht. Wie will Ihre Partei gewährleisten, dass die Mensapreise in Brandenburg nicht weiter erhöht werden?

Antwort:

Wir haben uns koalitionsintern bereits dafür eingesetzt, durch eine entsprechende Unterstützung der Studierendenwerke einen weiteren Anstieg der Studierendenwerksbeiträge und der Mensapreise zu vermeiden, konnten uns damit bei SPD und CDU aber leider nicht durchsetzen. Wir werden uns auch weiterhin für eine Deckelung der Mensapreise einsetzen. Dieser Aspekt ist Teil der von uns geforderten Sozialoffensive für ein bezahlbares Studium in Brandenburg.

Zudem wollen wir die Gemeinschaftsverpflegung, also Hochschul-Mensen, Rathaukantinen oder Kita- und Schulküchen beim Thema Ernährung zu Vorreiter*innen machen und leckeres, gesundes und nachhaltiges Essen anbieten – für alle Ernährungsstile, um allen Kund*innen Angebote zu

machen. Wir streben eine Steigerung des Bio-Anteils auf 60 Prozent an, ohne dabei bestehende Budgetgrenzen zu sprengen. Diese Umstellung wollen wir finanziell fördern und mit dem Projekt „Kantine Zukunft Brandenburg“ Küchenteams von Gemeinschaftsküchen fit machen für leckere und nachhaltige Ernährung. Das Projekt wird bereits erfolgreich in mehreren Mensen umgesetzt und sorgt dort für mehr regionales und mehr Bio-Essen, ohne einen Preisanstieg zu verursachen.

Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass der Sanierungsstau bei den Mensen aufgelöst wird, um die Verpflegung der Studierenden sicherzustellen. Wir drängen darauf, dass die ungeklärten Zuständigkeiten bezüglich der Sanierungsbedarfe der Mensen endlich geklärt werden und haben dazu gerade eine Kleine Anfrage gestellt. Je nach geklärter Zuständigkeit müssen die Hochschulen bzw. die Studierendenwerke ausreichend Mittel zur Sanierung der Mensen erhalten. Dies muss Teil des Landesprogramms für Bau und Sanierung im Bereich der Hochschulen und der Studierendenwerke werden. Die Sanierung der Mensen muss im Zweifel auch im Rahmen der von uns geforderten Kreditermächtigung für die Studierendenwerke möglich sein.

Frage 7

Gegen Machtmissbrauch und Diskriminierung

Plant Ihre Partei unabhängige Beschwerdestellen an allen staatlichen Hochschulen verbindlich einzuführen?

Antwort:

Wir setzen uns gegen Diskriminierung an Hochschulen und die Unterrepräsentanz von Frauen, trans*, inter* und nicht-binären Menschen in der Wissenschaft ein. Mit der Hochschulgesetznovelle wurden auf unsere Initiative hin an jeder Hochschule Beauftragte für Antidiskriminierung eingeführt. Sie wirken frei von Weisungen an der Verhinderung oder Beseitigung von Benachteiligungen wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters, der sozialen Stellung oder sozialen Herkunft, der sexuellen Identität oder aus rassistischen Gründen mit. Darüber hinaus haben die Gleichstellungsbeauftragten und die Beauftragten für die Belange von Hochschulmitgliedern und Angehörigen mit Behinderungen gestärkt, an die sich Studierende und Hochschulbeschäftigte ebenfalls mit Beschwerden wenden können.

Mit der Hochschulgesetznovelle haben wir die Hochschulen zu Präventionsmaßnahmen gegen Gewalt verpflichtet und die Gleichstellungsbeauftragten als Ansprechpersonen bei sexualisierter Gewalt benannt. Wir haben dafür gesorgt, dass nicht wie bisher nur Gewalt gegen Dinge, sondern - neu - vor allem Gewalt gegen Menschen Gründe für Ordnungsmaßnahmen sind, auch wenn eine Tat nicht unmittelbar auf dem Campus stattfindet.

Durch unsere Initiativen sind wir so zwar bei der Gleichstellung, Antidiskriminierung und Gewaltprävention weiterkommen, doch muss in Zukunft noch konsequenter gegen Diskriminierung, Belästigung und Gewalt vorgegangen werden. Den Diskriminierungsschutz des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes wollen wir an unseren Hochschulen endlich auch auf Studierende und Lehrbeauftragte anwenden, was die Benennung einer Beschwerdestelle beinhalten würde. Dies kann entweder durch eine Änderung des Hochschulgesetzes oder ein Landesantidiskriminierungsgesetz gelöst werden. So könnten Beschwerdeverfahren auch wirksamer für Studierende durchgesetzt werden. Zudem wollen wir die Gleichstellungsbeauftragten mit einem Organklagerecht stärken.

Frage 8

Nachhaltigkeit

Auf welchem Wege und bis wann sollen die Brandenburgischen Hochschulen klimaneutral werden?

Antwort:

An unseren Hochschulen und Forschungseinrichtungen werden nachhaltige Perspektiven für die Zukunft Brandenburgs und darüber hinaus entwickelt. Sie sollen einen noch größeren Beitrag für Nachhaltigkeit und Klimaschutz leisten. Unser Ziel ist ein von den Ministerien für Wissenschaft und Klimaschutz gemeinsam gestarteter Dialog zwischen Hochschulen, Studierendenwerken, Klimainitiativen, Verwaltung und anderen relevanten Akteur*innen. Gemeinsam soll ein Pakt für nachhaltige Hochschulen und Forschungseinrichtungen auf den Weg gebracht werden, der den Ausstoß von Treibhausgasen senkt, klimaneutrales Bauen an Hochschulen voranbringt und Nachhaltigkeit in Forschung und Lehre stärkt.

Wir wollen bei allen bestehenden Hochschulbauten und Studierendenwohnheimen eine Installation von Photovoltaik-Anlagen prüfen, nachhaltige Kriterien im Hochschulbau entwickeln und die Berücksichtigung von Nachhaltigkeit in der Lehre vorantreiben sowie den Wissenstransfer in diesem Bereich verbessern. Dazu braucht es Nachhaltigkeitskonzepte und -beauftragte an allen Hochschulen. So unterstützen wir unsere Hochschulen darin, Nachhaltigkeit, Werte und Kompetenzen zu vermitteln und zukünftige Lehr- und Führungskräfte dahingehend auszubilden.

Durch den beschlossenen Klimaplan wird festgeschrieben, wie Brandenburg bis spätestens 2045 klimaneutral wird. Hochschulen mit ihrer Vorbildfunktion für die Transformation in der Gesellschaft sollten dieses Ziel deutlich früher erreichen. In 2024 soll laut Klimaplan eine erste systematische CO₂-Emissionserfassung für die klimarelevanten Aktivitäten der unmittelbaren Landesverwaltung und der Hochschulen bereitgestellt werden und damit als zentrale Grundlage zur Erarbeitung des Arbeitsprogramms für die Erreichung der treibhausgasneutralen Landesverwaltung und Hochschulen dienen. Für Maßnahmen zur Stärkung der Energieresilienz hat das Land den Hochschulen 2023 bereits 10 Mio. € zusätzlich zur Verfügung gestellt.

Frage 9

Um für jede*n Studierenden verhandeln die Studierendenschaften jedes Jahr mit dem VBB um ein Semesterticket im Solidarmodell. Das Deutschland-Semesterticket ist eine große Errungenschaft, die aufgrund unzureichender Finanzierungsmodelle allerdings immer wieder in Frage steht. Welche Verantwortung sieht Ihre Partei darin, sich auf Landesebene für den Erhalt sowie die Preisstabilität des Tickets einzusetzen?

Antwort:

Wir sind zum einen froh, dass Mobilität als Aufgabe der Studierendenschaft auf unsere Initiative hin im Hochschulgesetz neu aufgenommen wurde. Das stärkt die Position der Studierenden bei den Verhandlungen. Wir haben zum andern erfolgreich für ein vergünstigtes Deutschlandticket für Studierende mitgekämpft und uns für den Erhalt von Semestertickets eingesetzt. Das Solidarmodell, bei dem alle Studierenden ein Ticket bekommen, hat sich bewährt, daher wollen wir es beibehalten. Damit werden die bewährten Semestertickets auf neue Füße gestellt – als günstigeres Deutschlandticket, das die Studierenden im Solidarmodell erwerben. Es braucht aus unserer Sicht Nachbesserung bspw. bei der Fahrradmitnahme und der Nutzungsfreundlichkeit. In den Verhandlungen zur Weiterentwicklung des Deutschlandtickets kämpfen wir gemeinsam mit den Bündnisgrünen im Bund und in den Ländern dafür, dass der Preis des Deutschlandtickets möglichst stabil bleibt. Sollte eine Preiserhöhung aus unserer Sicht zu hoch sein, würden wir uns dafür einsetzen, dass das Semesterticket weniger als 60 Prozent des Deutschlandticket-Preises kostet. Dafür werden wir uns auch zukünftig einsetzen.

Frage 10

Im Zuge der Novellierung des Brandenburgischen Hochschulgesetzes wurde über viele Themen kontrovers diskutiert, die bisher noch nicht umgesetzt wurden. Dies betrifft z.B. die Einführung von Department-Strukturen oder die Demokratisierung von Hochschulgremien (bspw. Mehrheitsverhältnisse). Wie wird Ihre Partei die Hochschule der Zukunft gestalten?

Antwort:

Wir freuen uns zunächst über die erreichten Erfolge wie die Einführung der Promovierenden-Vertretung, der Mitgliederinitiative und studentische Vizepräsident*innen in der Hochschulgesetznovelle und die Einführung der Personalvertretung für studentische Beschäftigte im Personalvertretungsgesetz.

Wir wollen aber die Möglichkeiten zur Mitbestimmung im Brandenburger Hochschulgesetz mit der Begrenzung der Professor*innenmehrheit und einer Beteiligung der Gremien an den Hochschulverträgen weiter ausbauen. Für verbesserte Personalstrukturen an den brandenburgischen Hochschulen sind flachere Hierarchien dringend erforderlich. Teil des "Kodex Gute Arbeit" soll deshalb auch die Einführung von Department Strukturen sein.

Wir wollen den Dialogprozess „Gute Arbeit“ fortsetzen und werden auf die Umsetzung der neu im Hochschulgesetz vorgegebenen Pflicht zur Erstellung von Dauerstellenkonzepten mit verbindlichen hochschulbezogenen Zielvorgaben für unbefristete Stellen drängen, dabei sind die Personalvertretungen zu beteiligen.

Wir erwarten die durch Landtagsbeschluss in Auftrag gegebene zeitnahe Überarbeitung der Lehrverpflichtungsverordnung, denn wir brauchen wieder den Schutz von Qualifikationsstellen und den Schutz gegen Hochdeputatsstellen, die forschungsbasierte Lehre unmöglich machen.

Wir setzen uns weiterhin für eine gesetzlich abgesicherte vollständige Geschlechterparität in allen Hochschulgremien ein und wollen die Geschlechterforschung im Hochschulgesetz verankern.